Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Fr eital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggebers.

205 — Donnerstag, den 3. September — 1925

Italiens Rolle in den Sicherheitsverhandlungen

Mussolini will Präsidie werden

Das große Interesse, das die italienische Regierung plötzlich den Erörterungen über den Sicherheitspakt entgegenbringt, kommt einigermaßen überraschend. Bisher hatte sich die italienische Regierung an der sachlichen Diskussion so gut wie gar nicht beteiligt und man weiß, daß die erste Briand-Note ohne jede italienische Gegenäußerung nach Paris abgegangen ist. Bei der zweiten Note Briands zeigte sich allerdings, daß die römische Diplomatie aus ihrer Zurückhaltung heraustrat, denn Mussolini hat nach Empfang des französischen Entwurfes eine sehr eingehende Gegenäußerung nach Paris übermittelt.

Merkwürdigerweise sind jedoch die italienischen Gedankengänge bis jetzt der Oeffentlichkeit vorenthalten worden, so daß man die Stellungnahme Roms nicht einmal in ihren dürftigsten Umrissen kennt.

Zwischen der deutschen Regierung und Italien haben allerdings einige diplomatische Verhandlungen über den Sicherheitspakt stattgefunden, die aber, wie man hört, zu keinerlei Ergebnissen geführt haben und bei denen man deutscherseits über den geäußerten italienischen Standpunkt einigermaßen enttäuscht war.

Nach neueren Meldungen soll der italienische Ministerpräsident Mussolini nicht nur die Absicht haben, die Teilnahme Italiens an den weiteren Sicherheitserörterungen herbeizuführen, sondern er soll sogar einen großzügigen Plan entworfen haben, demzufolge

Italien bei den künftigen Verhandlungen eine sehr große Rolle spielen soll.

Mussolinis Interesse für die Sicherheitsfrage sei insbesondere dem Umstand zuzuschreiben, daß der faschistische Ministerpräsident einen sichtbaren außenpolitischen Erfolg erringen will und sich zu diesem Zweck darum bewirbt, die Konferenz der Außenminister persönlich zu leiten. Die englischen Blätter berichten, Mussolini habe den alliierten Regierungen zu verstehen gegeben, daß er der Konferenz der Außenminister beizuwohnen wünsche und als ranghöchster Außenminister — er ist gleichzeitig Ministerpräsident und Außenminister — die Leitung der Verhandlungen übernehmen wolle.

Es ist schwer nachzuprüfen, ob diese englischen Meldungen der Wahrheit entsprechen, denn

in Rom wahrt man über alle Pläne Mussolinis strengstes Stillschweigen und setzt den Veröffentlichungen sogar hartnäckige Ableugnungsversuche entgegen.

In Deutschland würde man allerdings eine persönliche Mitwirkung Mussolinis an den Sicherheitsverhandlungen als eine vollkommen neue Tatsache zu würdigen haben, deren Tragweite unter Umständen für das weitere Schicksal der Paktbestrebungen von größter Bedeutung sein kann. Ein Vorteil wäre es, wenn die Leitung der Konferenz nicht in englischen oder französischen Händen liegen würde, denn diese beiden Mächte haben sich von vornherein zu sehr auf ihre Stellungnahme festgelegt.

Italien steht dagegen der Lösung des Sicherheitsproblems völlig vorurteilsfrei gegenüber und müßte als vermittelnde Macht das denkbar größte Maß von Unparteilichkeit an den Tag legen.

Unter Berücksichtigung dieser besonderen Momente würde man daher dem Vorstoß Mussolinis deutscherseits absolut nicht ungünstig gegenüberstehen, sondern man würde eher geneigt sein, darin eine wesentliche Verbesserung der Gesamt-Situation zu erblicken.

Ueber die Gründe

welche die italienische Regierung veranlaßt haben, an den Verhandlungen über den Sicherheitspakt sich nachträglich durch Entsendung eines Juristen zur Londoner Konferenz zu beteiligen, gibt Mussolinis „Popolo d'Italia" folgende Auskunft: „Anfangs schienen die englisch-französischen Verhandlungen wenig Zutrauen zu verdienen, da ihr Erfolg zweifelhaft erschien und sie vielmehr den Sonderinteressen der Teilnehmer zu dienen schienen. Daher verhielt sich Italien abwartend und beobachtend, um zu sehen, ob seine Teilnahme ratsam sei. Aber nach den zweimonatigen Verhandlungen nimmt der Vertragsplan schärfere Konturen an. Die deutsche und die französische Regierung äußerten den Wunsch, einen politischen Vertrag gleich den wirtschaftlichen Abkommen zwischen den Industrien beider Länder abzuschließen. Gleichzeitig tritt die großbritannische Regierung mit ihrem ganzen diplomatischen Schwergewicht auf, um den Friedenspakt zu fördern, der Europa auf 30 Jahre sicherstellt. Die Gewißheit, daß die produktiven Kräfte geordnet werden und

aus Deutschland ein Bollwerk des Westens gegen das Morgenland wird,

scheint die westlichen Siegermächte dazu zu bringen, alle zwischen ihnen und dem Besiegten schwebenden Differenzen beizulegen. Da der Vertrag Europa ein neues Gesicht im Rahmen des Friedensvertrages gibt, sowie ein dauerhafteres Gleichgewicht, hat Italien keinen Anlaß mehr, beiseite zu stehen, sondern vielmehr zwecks Verteidigung seiner Interessen teilzunehmen."

Geheime Verhandlungen in London

Strenge Schweigepflicht der Sachverständigen

Die Sachverständigen haben gestern ihre Besprechungen fortgesetzt. Soviel man aus äußerst zurückhaltenden Andeutungen schließen kann, nehmen die Besprechungen einen normalen Verlauf. Die Juristen unterhalten sich in freundschaftlicher und zwangloser Weise, so daß die anfänglichen Befürchtungen, daß Dr. Gaus in London einer Phalanx der Alliierten gegenüberstehen könnte, zerstreut sind. Alle in der Presse auftauchenden Meldungen von „erregten Diskussionen" werden von Kreisen, die es wissen können, als unrichtig bezeichnet; auch die sonstigen Mitteilungen über den Verlauf der Unterredungen sind als Phantasieprodukte zu bezeichnen. Denn die Juristen haben sich zu absolutem Stillschweigen verpflichtet, die Pressemeldungen, daß Dr. Gaus hiergegen Widerspruch erhoben habe, sind falsch.

Löbe bei Painlevé

Reichstagspräsident Löbe ist am Mittwoch vom französischen Ministerpräsidenten Painlévé empfangen worden, der sich mit ihm längere Zeit über die deutsch-französischen Beziehungen unterhielt.

Unterredung Vandervelides mit Chamberlain

Vandervelde und Chamberlain hatten gestern nachmittag in Genf eine einstündige Unterredung über den Sicherheitspakt. Bei der Rückkehr erklärte Vandervelde der Presse, daß zwischen ihm und Chamberlain über die Grundlagen des Sicherheitspaktes volle Einigkeit herrsche. Diese Einigkeit sei um so wertvoller, als sie sich auf England, Belgien und Frankreich erstrecke, was er auf Grund seiner heutigen Aussprache mit Briand mitteilen könne. Diese Einigkeit dürfe in Deutschland nicht mißverstanden werden, da es sich in keiner Weise bei dem jetzt in London von den juristischen Sachverständigen beratenen Paktentwurf um etwas handele, was von Deutschland nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Im übrigen habe ich in seinen Verhandlungen mit Chamberlain wieder gezeigt, daß eine mündliche Aussprache rascher vorwärts bringe als ein Notenwechsel. Die Besprechungen sollen in einigen Tagen fortgesetzt werden, sobald die Ergebnisse der Londoner Konferenz der juristischen Sachverständigen in Genf vorliegen.

Empfang italienischer Journalisten in Berlin

Bei dem Frühstück, zu dem der Reichsverband der deutschen Presse und der Verein deutscher Zeitungsverleger, die gestern vormittag unter Führung des Legationssekretärs Schwendemann von Leipzig hier eingetroffenen italienischen Journalisten geladen hatten, begrüßte zunächst Direktor Richter die Gäste namens des Reichsverbandes, in dem er an die alte Kulturgemeinschaft zwischen Italien und Deutschland und die gemeinsame Kulturmission der Presse der beiden Völker erinnerte. Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, Liegnitz, als Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger, sprach von der Sympathie des deutschen Volkes für das Land der Dante, Tasso, Raphael, Michelangelo, Verdi und Puccini, um sodann ebenfalls auf den hohen Beruf der Presse einzugehen deren Aufgabe es sei, für Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit zu kämpfen. Wer aber Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit für das eigene Volk erringen wolle, müsse das Recht darauf auch anderen Völkern zuerkennen. Generalsekretär Bladene erwiderte mit herzlichen Dankesworten und sprach den Wunsch aus, **daß die durch den Krieg zerstörte internationale Union der Presse wiederaufleben möchte.** Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Volk und die Berliner Presse. An dem Frühstück nahmen als Vertreter der Presseabteilung der Reichsregierung Geh. Rat Dr. Zechlin und Legationsrat Dr. Thomson teil.

Der Friedenskongreß

An dem gestern in Paris eröffneten Friedenskongreß nehmen u. a. Richet von der Akademie der Wissenschaft Le Foyer, der Vizepräsident des belgischen Senats La Fontaine, Rektor der Pariser Universität Apell, Blum, Präsident der luxemburgischen Kammer, Vizepräsident der bulgarischen Sobranje Warow, Reichstagspräsident Löbe und der Delegierte der englischen Friedensverbände Angel teil. Nach der Begrüßung durch Le Foyer ergriff Minister de Monzie das Wort. Er begrüßte die Teilnehmer namens seiner Regierung, einer Regierung, wie er sagte, die alle ihre Gedanken in den Dienst des Friedens gestellt habe, und im Namen eines Landes, das niemals über die Art und Weise, wie man den Frieden vorbereiten und erhalten könnte, im Zweifel gewesen sei, weiter im Namen eines Volkes, das von den ältesten Zeiten an den Frieden den Vorteilen der Macht vorzog. Da Herriot infolge Abwesenheit nicht sprechen konnte, hat auch der Reichstagspräsident Löbe einer an ihn ergangenen Anregung Folge geleistet und darauf verzichtet, seine Rede zu halten. Die deutschen Delegierten haben darauf beschlossen, da, daß Löbe nicht zu Worte gekommen ist, auch kein anderes Mitglied der Delegation sprechen soll. Der Zwischenfall hat in den Kreisen der deutschen Delegierten Befremden hervorgerufen. Havas gibt über den Zwischenfall folgende Darstellung: Unterrichtsminister de Monzie teilte der Versammlung mit, daß, weil Herriot abwesend sei, Reichstagspräsident Löbe sich entschlossen habe, nicht zu sprechen, und daß seine Rede später veröffentlicht werden würde.

Und der Duisburger Hafen?

Auf die deutscherseits in Paris vorgebrachte Beschwerde wegen Belassung eines Kontrollpostens der interalliierten Feldschiffahrtskommission in Duisburg hat die französische Regierung gestern geantwortet und vorgeschlagen, bezüglich des Hafens von Duisburg eine ähnliche Vereinbarung zu treffen, wie sie seinerzeit wegen der Häfen von Karlsruhe und Mannheim abgeschlossen worden ist. Auch dort waren bekanntlich zunächst trotz der Räumung im vorigen Jahre Kontrollposten zurückgelassen worden. Die interalliierte Rheinlandkommission hat gleichzeitig gebeten, mit deutschen Bevollmächtigten wegen Abschlusses eines solchen modus vivendi bald zusammenzukommen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich in Koblenz bereits in der nächsten Woche beginnen.

Der Kommunismus und die deutsche Krise

Seit Jahren sind die Blicke der Moskauer Sowjetpolitiker mit Spannung auf die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gerichtet. Jede Konsolidierung der Lage wurde mit sichtlichem Mißbehagen, jede Depression und jede beginnende Krise dagegen mit freudiger Erwartung quittiert. Die von Moskau instruierte deutsche kommunistische Partei hat den Augenblick für gekommen erachtet, die Propaganda unter der deutschen Landbevölkerung zu verstärken. Die Berliner „Rote Fahne" wendet sich diesmal nicht nur an die Landarbeiter, sondern auch an die kleinen und mittleren Bauern und fordert sie zur Revolte gegen die Steuer- und Zollpolitik des Kabinetts Luther auf. Es ist das Präsidium eines „Internationalen Bauernrates", das den deutschen Kleinbauern die gegenwärtigen Zustände als unerträglich, die Agrarverhältnisse in Sowjetrußland dagegen — wenn auch nicht als ideal, — so doch als sehr hoffnungvoll hinstellt. Die Ziffern, die für den „agrarischen Aufschwung" Sowjetrußlands angeführt werden, sind nicht eben imponierend. Wenn die Saatfläche im Gebiet der verbündeten Sowjetrepublik vom Hungerjahr 1922 zum Jahre 1923 nur von 58.7 auf 59.9 Millionen Deßjatinen (um 2 Prozent) gestiegen ist, so ist das herzlich wenig. Es fällt auf, daß die Sowjetstatistik keine Ziffern für 1924 und 1925 nennt. Dies läßt nur folgende alternative Deutung zu: Entweder sind diese Ziffern noch nicht verfügbar, — und dann wäre das ein klägliches Zeichen für die sowjetrussische Agrarstatistik, — oder die Ziffern sind so wenig imponierend, daß man sie verschwiegen hat. Uebrigens war selbst im Kriegsjahr 1916 die Saatfläche im Gebiete der heutigen Sowjetrepubliken um volle 10 Prozent höher als im Jahre 1923! Den kleinen und mittleren Landwirten Deutschlands werden diese „Erfolge" der sowjetrussischen Agrarpolitik nicht einleuchten.

Ueber die Entwicklung der deutschen Krise verbreitet sich die Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale", das Organ des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale, in ihrem Juliheft. Der Verfasser des Aufsatzes glaubt eine Krise in der Stabilisierung Deutschlands feststellen zu können. Er untersucht nacheinander die Mittel, durch welche Deutschland verhindern könnte, daß die Depression zu einer Krise ausartet. Als Mittel kommen theoretisch folgende in Betracht: Ermäßigung der Löhne, Steigerung der Arbeitsleistung und Reform des technischen Apparates. Von der Anwendung der beiden ersten Mittel will der kommunistische Schriftsteller natürlich nichts wissen. Für ihn gibt es nur das dritte Mittel. Er erkennt ganz richtig, daß hierzu ein vermehrter Kapitalaufwand notwendig wäre, der mit der nötigen Schnelligkeit und in dem gebotenen Umfange nicht sichergestellt werden kann, und zwar weder durch vermehrte Kapitaleinfuhr, noch durch erleichterte inländische Kreditgewährung. Recht interessant ist das Geständnis, daß die Profitrate im deutschen Bergbau und in der deutschen Schwerindustrie zurzeit sehr niedrig sei; wäre das anders, so wäre das Ausland vielleicht mehr geneigt, uns Kredite zu gewähren, als dies heute der Fall ist. Man merkt es der Kritik des kommunistischen Schriftstellers deutlich an, mit welcher Genugtuung er die verschiedenen Heilmittel als wirksam bezw. als nicht anwendbar feststellt. Dem internationalen Kommunismus könnte kein grö-

SLUB
Wir führen Wissen.